

»» Deutsche Demografiefalle: Integration der Flüchtlinge nur Teil des Auswegs

Nr. 124, 27. April 2016

Autor: Dr. Klaus Borger, Telefon 069 7431-2455, research@kfw.de

Von der absehbaren Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung geht ein erheblicher Abwärtsdruck auf das Wachstumspotenzial aus – verstärkt in den 2020er-Jahren, wenn die Babyboomer nach und nach in den Ruhestand wechseln und die Zahl der nachrückenden Fachkräfte bei Weitem nicht mehr ausreicht, um alle frei werdenden Stellen zu besetzen. Allerdings konnte in den aktuellen amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen, die solchen Potenzialwachstumsprojektionen üblicherweise zu Grunde liegen, die gegenwärtig sehr hohe Zahl Asylsuchender nicht mehr berücksichtigt werden. Wir zeigen anhand von zwei neuen Szenarien, welche die Flüchtlingszuwanderung explizit modellieren, dass nur eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie langfristig dazu beitragen kann, den Rückgang des Potenzialwachstums spürbar zu bremsen. Für den Erfolg sind nicht nur erhebliche Anstrengungen bei der Integration der Zugewanderten notwendig. Entscheidend ist darüber hinaus die Verwirklichung ehrgeiziger Ziele bei allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Steigerung von Erwerbsbeteiligung, Investitionen und Produktivität.

Die deutsche Bevölkerung altert und wird gemäß der Variante „Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung“ aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die im April 2015 veröffentlicht wurde, ab etwa 2020 schrumpfen.¹ Im Jahr 2030 werden nach diesem Szenario noch 79,2 Mio. Menschen in Deutschland leben, rund 2,1 Mio. Personen weniger als heute. Bei der Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 74 Jahre)² hat dieser Negativtrend bereits 2007 eingesetzt. Im kommenden Jahrzehnt wird er sich deutlich intensivieren. Die Zahl der Personen im Erwerbsalter wird im Jahr 2030 mit noch 58,7 Mio. Personen den Stand von 2015 um 3,1 Mio. Personen oder rund 5 % unterschreiten. Bei der Kerngruppe im Alter von 20 bis 64 Jahren ist der Rückgang in diesem Zeitraum mit -12 % noch deutlich stärker.

Demografie drückt Wachstum ...

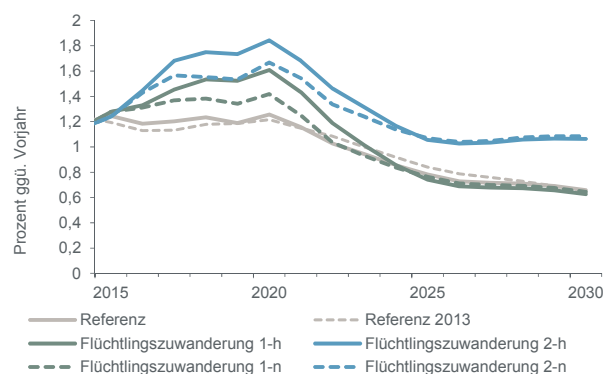
Von der Bevölkerungsentwicklung geht damit schon in naher Zukunft ein erheblicher Abwärtsdruck auf das Wirtschaftswachstum aus, wie wir zuletzt 2013 auf der Grundlage der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung gezeigt hatten. Das von uns verwendete Wachstumsmodell, die so genannte Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, wurde in unserer damaligen Studie „Deutsches Wirtschaftswachstum in der Demografiefalle: Wo ist der Ausweg?“³ methodisch ausführlich dokumentiert und soll deshalb hier nur noch einmal in Grundzügen in Erinnerung gerufen werden: Der Ansatz er-

klärt das Wachstumspotenzial mit der verfügbaren Menge an Arbeit und Kapital (Jahresarbeitsstunden bzw. reales Bruttoanlagevermögen) sowie der totalen Faktorproduktivität (technischer Fortschritt), in der die im Zeitablauf typischerweise effizienter werdende Nutzung der beiden vorgenannten Produktionsfaktoren zum Ausdruck kommt.

Dieses Wachstumsmodell haben wir in zweierlei Hinsicht aktualisiert: (1.) Der Bevölkerungsausblick basiert auf der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung; (2.) Wir verwenden die zwischenzeitlich konzeptionell grundlegend überarbeiteten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt, zu den Bruttoanlageinvestitionen und dem Kapitalstock⁴.

Unsere Neuberechnung reproduziert das damalige Referenzszenario trotz der weit reichenden konzeptionellen Überarbeitung und Aktualisierung der Datengrundlagen erstaunlich eng: In dem amtlichen demografischen Ausblick ist beinahe eine Halbierung des Potenzialwachstums von aktuell 1,2 auf 0,7 % im Jahr 2030 angelegt (siehe Grafik 1).

Grafik 1: Deutsches Wachstumspotenzial – Szenarien



Quelle: Statistisches Bundesamt, KfW Research

Der Rückgang intensiviert sich nach einer ruhigen Phase bis zum Ende dieses Jahrzehnts, wenn ab 2020 die Jahrgänge der Babyboomer nach und nach in den Ruhestand wechseln und die Zahl der nachrückenden Fachkräfte bei Weitem nicht mehr ausreicht, um alle frei werdenden Stellen zu besetzen.

... trotz Gegenmaßnahmen

Dabei haben wir in den Referenzszenarien damals wie heute bereits angenommen, dass die Wirtschaftspolitik – losgelöst von den neuen Herausforderungen der Flüchtlingsmigration – mit einer ganzen Reihe von allgemeinen Maßnahmen reagiert, um die negativen Folgen des wegbrechenden Erwerbspersonenpotenzials abzumildern (siehe Box). Diese sind un-

verändert geboten, wie der enge Gleichlauf der beiden Referenzszenarien unterstreicht.

Box: Annahmen zu allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen im aktuellen Referenzszenario

Möglichst umfassende Aktivierung des Arbeitsangebots über: (1.) eine weitere Steigerung der Beteiligungsbereitschaft am Erwerbsleben auf 74 % im Jahr 2030 (aktuell liegt die Partizipationsquote bei 72,3 %); (2.) eine Reduzierung der strukturellen Erwerbslosenquote von aktuell geschätzten 4,5 auf 4 % im Jahr 2030; sowie (3.) eine Stabilisierung der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen bei rund 1.360 Stunden.

Stärkung von Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Innovationen mit dem Ziel, die Produktivität zu erhöhen; der Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität liegt 2030 bei 0,8 Prozentpunkten (aktuell: 0,5 Prozentpunkte).

Mehr Investitionen als heute: Die reale⁵ gesamtwirtschaftliche Investitionsquote steigt von heute 20 auf 21,3 % des BIP im Jahr 2030.

Flüchtlinge – die neue Unbekannte in der Wachstumsgleichung

In dem neuen Referenzszenario haben wir die aktuell sehr hohe Flüchtlingszuwanderung bewusst nicht berücksichtigt. Sie ist die neue unbekannte Variable in der Wachstumsgleichung. Inwieweit sie einen Unterschied machen kann, wollen wir im Folgenden herausarbeiten. Hierfür benötigen wir das Referenzszenario als gedanklichen Bezug.⁶

Keine Prognose

Eines muss in diesem Zusammenhang deutlich betont werden: Dieses Szenario wie auch die folgenden Rechnungen zur Modellierung der Flüchtlingszuwanderung sind keine Prognosen mit dem Anspruch, die aus heutiger Sicht wahrscheinlichste Entwicklung vorherzusagen. Vielmehr sind es bedingte „Wenn-dann“-Aussagen, die aufzeigen sollen, welche Implikationen die getroffenen Annahmen haben. Damit dienen sie vor allem der quantitativen „Illustration“ qualitativer Argumente.

Annahmen zur Flüchtlingszuwanderung

Darauf hinzuweisen ist schon deswegen wichtig, weil es unmöglich ist, die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge über mehrere Jahre vorherzusagen.⁷ Selbst die genaue Flüchtlingszahl im Jahr 2015 ist wegen wahrscheinlicher Doppelzählungen im EASY-System noch mit erheblichen statistischen Unsicherheiten behaftet. Wir unterstellen eine Million Flüchtlinge für das abgelaufene Jahr und gehen hinsichtlich der Flüchtlingszahlen ab 2016 von zwei diametralen Annahmen aus:

- Hohe Flüchtlingszuwanderung (darauf aufbauende Szenarien kennzeichnen wir mit der Endung „-h“): 2016 werden 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, danach nimmt der Zustrom bis zum Ende des Jahrzehnts linear ab, sodass ab 2020 nur noch die Nettozuwanderung aus der

gewählten amtlichen Bevölkerungsvariante in die Simulation eingeht (100.000 Personen pro Jahr).

- Niedrige Flüchtlingszuwanderung (gekennzeichnet durch Endung „-n“): Im Jahr 2016 werden noch 200.000 Menschen in Deutschland Schutz suchen, 2017 dann 100.000 und schon ab 2018 fällt die Nettozuwanderung auf das in der gewählten amtlichen Bevölkerungsvariante unterstellte Niveau zurück.

Ungeachtet der Höhe der Flüchtlingszahlen nehmen wir darüber hinaus an:

- Der Anteil der 15 bis 74-jährigen Personen an den Flüchtlingen beträgt im Jahr der Ankunft 75 %.
- Die in der Partizipationsquote⁸ zum Ausdruck kommende Erwerbsneigung der Flüchtlinge liegt im ersten Jahr nach der Ankunft bei 10 % und steigt danach linear auf 75 % im sechsten Jahr an; anschließend bleibt sie konstant.
- Im ersten Jahr nach Ankunft ist die Hälfte der Flüchtlinge, die sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, erwerbslos. In den Jahren darauf sinkt die Erwerbslosenquote linear und liegt konstant bei 10 % ab dem sechsten Jahr nach Ankunft. Damit bliebe die Erwerbslosenquote langfristig mehr als doppelt so hoch wie bei den Erwerbspersonen aus der Bestandsbevölkerung.

Nur vorübergehend spürbarer Wachstumseffekt

Unter diesen Voraussetzungen (und ansonsten gleichen Annahmen wie im Referenzszenario) geht von dem Flüchtlingszustrom in den kommenden Jahren ein spürbarer Wachstumseffekt aus, wie in den beiden Szenarien Flüchtlingszuwanderung 1-h und Flüchtlingszuwanderung 1-n beschrieben: Statt einer Seitwärtsbewegung bis zum Ende des aktuellen Jahrzehnts bei rund 1,2 % erhöht sich das Potenzialwachstum in der Spitze bis auf 1,6 % (hohe Flüchtlingszuwanderung) beziehungsweise 1,4 % (niedrige Flüchtlingszuwanderung) im Jahr 2020.

Danach lässt die Wachstumsdynamik allerdings rapide nach, sodass sich der simulierte Verlauf schon ab der Mitte der 2020er-Jahre praktisch nicht mehr von dem Pfad des Referenzszenarios unterscheidet. Da die zusätzliche Zuwanderung 2020 annahmegemäß ausläuft, bricht sich der in der demografischen Entwicklung angelegte Druck auf das Potenzialwachstum ab diesem Zeitpunkt umso stärker Bahn.

Mehr Anstrengungen nötig

Dieser Befund macht deutlich, dass noch mehr Anstrengungen notwendig sind, um das deutsche Potenzialwachstum auch in der längeren Frist spürbar zu stärken. Eine denkbare Entwicklung haben wir in den optimistischen Szenarien Flüchtlingszuwanderung 2-h und „Flüchtlingszuwanderung 2-n“ beschrieben. Zwar erscheint auch nach diesen Rechnungen ein Rückgang der Dynamik ab 2020 unvermeidlich, doch stabilisiert sich das Potenzialwachstum langfristig immerhin bei 1,1 %. Damit liegt es nicht nur durchgängig ober-

halb des Vergleichspfades aus dem Referenzszenario, sondern auch 2030 noch in etwa auf dem heutigen Niveau.

Ein solches Ergebnis setzt weitere Erfolge bei praktisch allen zentralen Stellschrauben des Wachstums voraus:

- **Bessere Arbeitsmarktintegration:** Zunächst bedarf es einer rascheren und noch besseren Befähigung der dauerhaft in Deutschland bleibenden Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt. Konkret nehmen wir an, dass die Partizipationsquote der Flüchtlinge in den ersten fünf Jahren nach Ankunft schneller steigt als in den Szenarien 1-h und 1-n. In den Szenarien 2-h und 2-n beträgt sie im zweiten Jahr beispielsweise bereits 50 % (Szenarien 1-h und 1-n: 35 %). Zudem setzt sich der Rückgang der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge auch ab dem sechsten Jahr nach Ankunft noch weiter fort und stabilisiert sich bei 5 % ab dem elften Jahr.
- **Mehr Investitionen:** Darüber hinaus bedarf es zusätzlicher Impulse durch eine im Vergleich zum Referenzszenario stärkere Investitionstätigkeit (Investitionsquote 2030 bei 23,4 %, rund zwei Prozentpunkte mehr), mit der zugleich ein noch kräftigerer Anstieg der Produktivität einhergeht (Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität 2030 bei 1,0 Prozentpunkten, 0,2 Prozentpunkte mehr).
- **Mehr Zuwanderung:** Schließlich ist langfristig mit 200.000 Personen pro Jahr eine doppelt so hohe Nettozuwanderung nötig, wie in den Szenarien Referenz, Flüchtlingszuwanderung 1-h und 1-n unterstellt.

Ehrgeizige Ziele – günstige Wechselwirkungen

Die Annahmen unserer Positivszenarien Flüchtlingszuwanderung 2-h und 2-n sind sehr ambitioniert. Neben der umfassenden Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt müssen ehrgeizige Ziel bei der Steigerung von Investitionen und Innovationen erreicht und langfristig höhere Zugewinne aus der Arbeitsmigration erzielt werden.

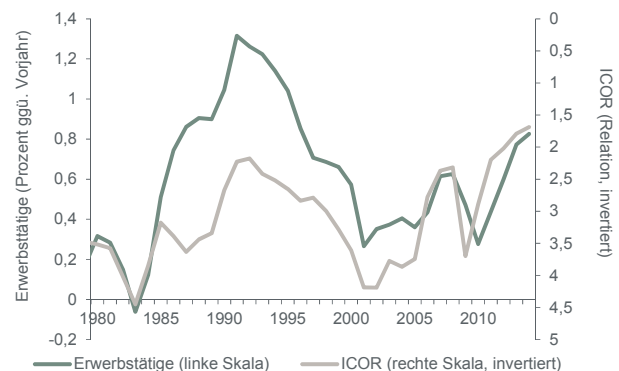
Allerdings unterstützen sich die einzelnen Maßnahmen dieses integrierten Ansatzes auch gegenseitig. Erfolge auf einer Seite erleichtern die Zielerreichung auch an anderer Stelle – etwa was den Zusammenhang zwischen Arbeitsangebot und Investitionsanreizen betrifft. Gelingt es, die dauerhaft in Deutschland bleibenden Flüchtlinge breit für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zu qualifizieren sowie die reguläre Zuwanderung bedarfsgerecht auszubauen, wäre das Arbeitsangebot mittel- und langfristig deutlich größer, als es allein unter den heimischen demografischen Vorzeichen zu erwarten wäre.

Größeres Arbeitsangebot Anreiz zu mehr Investitionen

Davon würden erhebliche Investitionsanreize ausgehen, wie die langjährige Erfahrung nahe legt: In Grafik 2 stellen wir die Beschäftigungsdynamik der *Incremental Capital-Output Ratio* (ICOR) gegenüber. Die ICOR beschreibt, wieviel zusätzliches Kapital zur Produktion einer zusätzlichen Einheit des Bruttoinlandsprodukts benötigt wird – je kleiner die ICOR, desto rentabler ist mit anderen Worten die Investition.

Der enge Gleichlauf zwischen dem Wachstum der Erwerbstätigenzahl und der (auf invertierter Skala dargestellten!) ICOR zeigt, dass niedrige Werte dieses Maßes – also gesamtwirtschaftlich besonders rentable Investitionen – typischerweise dann zu beobachten sind, wenn der Produktionsfaktor Arbeit reichlich vorhanden ist. Dies erscheint auch intuitiv plausibel: Für ein Unternehmen sind die Aussichten auf eine rentable Investition etwa in eine neue Produktionsstätte weit besser, wenn der Arbeitsmarkt genügend qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stellt, als wenn die benötigten Fachkräfte nur sehr schwer oder teuer zu bekommen sind.

Grafik 2: ICOR und Arbeitsmarkt

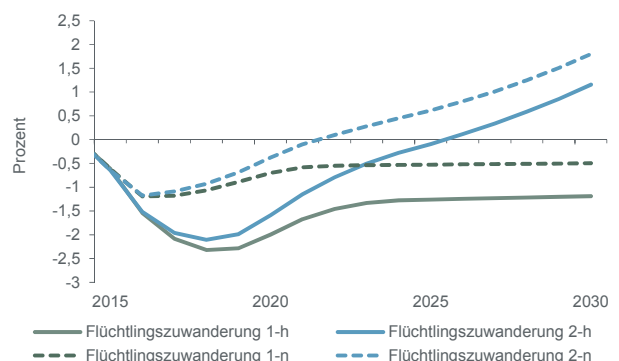


Quelle: Statistisches Bundesamt, KfW Research

Anstrengen lohnt sich für alle

Mehr Wirtschaftswachstum ist allerdings nicht gleichbedeutend mit mehr Wohlstand für alle, sofern die Bevölkerungszahl noch stärker wächst. Diesen Aspekt thematisiert Grafik 3. Sie zeigt das Niveau der potenziellen Wirtschaftsleistung pro Kopf (als gängiges Maß des materiellen Wohlstandes) in den jeweiligen Szenarien zur Flüchtlingszuwanderung in Relation zu dem Pfad, wie er sich im Referenzszenario, d. h. ohne die Flüchtlingszuwanderung ergeben hätte.

Grafik 3: Potenzial pro Kopf – Abweichung gegenüber Referenzszenario



Quelle: Statistisches Bundesamt, KfW Research

Zwar ist in den ersten Jahren nach dem Flüchtlingszustrom ein relatives Absacken des Potenzials pro Kopf unvermeidlich, weil die neu eingewanderten „Köpfe“ zunächst weit unterdurchschnittlich zu der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Einkommensentstehung beitragen. In der Spitze bleibt das Niveau der potenziellen Wirtschaftsleistung je Einwohner

in den hier diskutierten Szenarien zur Flüchtlingszuwanderung um gut 2 % (hohe Flüchtlingszuwanderung) beziehungsweise um gut 1 % (niedrige Flüchtlingszuwanderung) hinter dem Referenzszenario zurück.¹⁰

Doch spätestens zur Mitte des kommenden Jahrzehnts kann dieser Rückstand wieder aufgeholt werden, und danach steht allen Einwohnern im Durchschnitt sogar mehr materieller Wohlstand zur Verfügung als im Referenzszenario – allerdings nur bei hinreichender Anstrengung auf allen wachstumsrelevanten Politikfeldern, wie hier von den Positivszenarien Flüchtlingszuwanderung 2-h und 2-n beschrieben.

Die anfangs erheblichen Ausgaben, wie sie gerade bei einer ambitionierten Antwort auf die Herausforderungen nötig sind, können deshalb als eine Investition aufgefasst werden, die in überschaubarer Zeit – unter den Bedingungen unserer optimistischen Szenarien schon in etwa fünf bis zehn Jahren – eine volkswirtschaftliche Rendite verspricht.

Flüchtlinge: drei Maßnahmenkomplexe im Fokus

Mit Blick auf die aktuelle Zuwanderung müssen drei Maßnahmenkomplexe im Fokus stehen, um die auf Dauer in Deutschland bleibenden Flüchtlinge erfolgreich in unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren und so einen wichtigen Teilbeitrag zu leisten, dass eine positive Entwicklung Realität werden kann:¹¹

- die Schaffung von günstigem Wohnraum, insbesondere in Ballungsgebieten, wo die Aussichten auf Beschäftigung besonders günstig sind;
- die Stärkung von Schulen und Kinderbetreuung; angesichts der zahlreichen minderjährigen Flüchtlinge bedarf es zusätzlicher Investitionen in die Bildungsinfrastruktur sowie Mehrausgaben für Lehr- und Betreuungspersonal;
- Investitionen in landesspezifisches Humankapital und Kompetenzen; die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache, eine systematische Kompetenzfeststellung und geeignete Qualifizierungsmaßnahmen sind zwingende Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge.

Schnelles Handeln wichtig

Gleichzeitig ist schnelles Handeln wichtig. Denn nur so kann verhindert werden, dass sich unvorteilhafte Strukturen wie etwa Langzeitarbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen herausbilden und – auf Kosten der Gesellschaft – langfristig verhängen. Dies würde öffentliche Mittel in Sozialausgaben binden, die dringend für die Modernisierung der Infrastruktur gebraucht werden. Sofern Deutschland die Herausforderung des Flüchtlingszustroms jedoch mit Entschlossenheit angeht und die Integration der Flüchtlinge in eine umfassende Strategie zur Stärkung der Wachstumskräfte einbettet, gibt es eine gute Chance, dass künftig die Bestandsbevölkerung, Flüchtlinge sowie Arbeitsmigranten ökonomisch gemeinsam von der neuen Situation profitieren werden. ■

¹ Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung Deutschlands bis 2060“, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (April 2015). Die hier verwendete Bevölkerungsvariante „Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung“ basiert auf der Annahmekombination G1-L1-W1. Dabei bedeutet G1: Geburtenrate 1,4 Kinder je Frau; L1: Lebenserwartung bei Geburt 2060 für Jungen 84,4 Jahre / Mädchen 88,8 Jahre; W1: Wanderungssaldo 2015 500.000 Personen; 2016–2021 schrittweise Anpassung auf 100.000 Personen / Jahr; danach konstant.

² Diese Altersgruppe als Erwerbsbevölkerung zu definieren entspricht den internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

³ Borger, K., Lüdemann, E., Zeuner, J. und V. Zimmermann: „Deutsches Wirtschaftswachstum in der Demografiefalle: Wo ist der Ausweg?“, KfW Research, Studien und Materialien (Oktober 2013).

⁴ Mit der operationalen Umsetzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung in der Fassung von 2010 (ESVG2010) im September 2014 wurde insbesondere das Investitionskonzept erweitert und an die Wissensgesellschaft angepasst: Seither zählen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu den Bruttoanlageinvestitionen und ihr kapitalisierter Wert damit zugleich zu der entsprechenden Bestandsgröße, dem Bruttoanlagevermögen („Realkapitalstock“). Darüber hinaus werden nunmehr auch militärische Waffensysteme als Investitionen verbucht. Hierdurch erhöht sich das Niveau der Bruttoanlageinvestitionen insgesamt und damit auch des Bruttoinlandsprodukts. Näheres zu den Folgen der konzeptionellen Generalrevision siehe: Borger, K.: „Bruttoanlageinvestitionen: neue Zahlen – alte Probleme“, KfW Research, KfW-Investbarometer Deutschland (Oktober 2014).

⁵ Gerechnet in Preisen des Jahres 2010.

⁶ Es zeigt, wie das Potenzialwachstum in Zukunft ohne den massiven Anstieg der Zuwanderung ausgesehen haben könnte.

⁷ Aus diesem Grund sieht auch das Statistische Bundesamt keine Veranlassung, die Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung unter dem Eindruck der aktuell hohen Flüchtlingszuwanderung zu revidieren, wie es in seiner Pressemitteilung Nr. 021 vom 20. Januar 2016 (Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar) begründet: „Sonderentwicklungen und unvorhersehbare Ereignisse wie Kriege, Krisen, Umweltkatastrophen und ihre Folgen können bei den Annahmen zu einer Bevölkerungsvorausberechnung nicht berücksichtigt werden. Die im Jahr 2015 rapide angestiegene Zuwanderung Schutzsuchender ist eine solche Sonderentwicklung. Gegenwärtig kann sie in einer Vorausberechnung noch nicht adäquat berücksichtigt werden. Eine bloße Heraufsetzung der mittelfristigen Wanderungsannahmen ohne genaue Kenntnis über die Höhe und Dauer der aktuellen Zuwanderung sowie die demografischen Merkmale der Zugewanderten würde zu keinen belastbaren Resultaten führen und entspräche nicht den Qualitätsstandards der amtlichen Statistik.“

⁸ Die Partizipationsquote ist definiert als Prozentanteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) an allen Personen im Erwerbsalter (15 bis 74 Jahre). Sie beschreibt somit deren generelle Neigung, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.

⁹ Hierfür setzen wir unser Szenario „Flüchtlingszuwanderung 2“ auf der Variante G1-L1-W2 aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes auf. Diese Variante unterscheidet sich lediglich hinsichtlich des Wanderungssaldos von der Variante G1-L1-W1, welche für die Szenarien „Referenz“ und „Flüchtlingszuwanderung 1“ der Ausgangspunkt unserer Modellierungen ist. Die Annahmen zum Wanderungssaldo lauten für W2 konkret: 2015 500.000 Personen; 2016–2021 schrittweise Anpassung auf 200.000 Personen / Jahr; danach konstant.

¹⁰ Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass es deswegen auf breiter Ebene zu Umverteilungseffekten kommt – die Absenkung des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts dürfte vielmehr im Wesentlichen auf die Flüchtlinge selbst zurückzuführen sein.

¹¹ Wir beschreiben und kommentieren diese Maßnahmen ausführlicher in: Leifels, A. und J. Zeuner: „Flüchtlingszuwanderung erfordert Investitionen in Wohnungen, Schulen und Köpfe“, KfW Research, Fokus Volkswirtschaft Nr. 108 (November 2015); sowie Zeuner, J.: „Wo Integration beginnt“, Von Z-A – Zeuners Anmerkung zum Wirtschaftsgeschehen (3. Dezember 2015).